

Niesel: „Integration ist die Voraussetzung für Chancengleichheit“

Rathaus-Gespräch des Vereins Runder Tisch / Diskussion mit dem Europa-Abgeordneten Hans-Peter Mayer / Fragen zu Wahlrecht

Lohne (lc) – Die Integrationsbemühungen in der Stadt Lohne seien vorbildlich, sagte der Europa-Abgeordnete Hans-Peter Mayer am Freitagabend beim diesjährigen Rathaus-Gespräch. Dazu eingeladen hatte der Verein „Runder Tisch Lohne für Integration und Völkerverständigung“ mit der Vorsitzenden Christina Middendorf. Mayer war Gastreferent in dieser Gesprächsrunde zu dem Thema „Was bedeutet europäische Politik für die Menschen der verschiedenen Nationen und Kulturen bei uns in Lohne?“

Hinsichtlich der Integrationsarbeit in Lohne habe man sich

nicht an Programmen der Europäischen Union (EU) orientiert, sondern sei eigene Wege gegangen, beschrieb Bürgermeister Hans Georg Niesel die Situation in Lohne. Der Lohner Integrationspakt sei ein wichtiger Schritt, um einheimische und ausländische Mitbürger zur Integrationsarbeit zu verpflichten. Das Thema Integrationsarbeit werde, so versprach der Bürgermeister, während seiner verbleibenden Amtszeit einer seiner Arbeitsschwerpunkte sein. Dabei betonte er: „Integration ist die Voraussetzung für Chancengleichheit.“

Zu den Hintergründen europäischer Integrationsbemühun-

gen nahm Europa-Politiker Mayer Stellung. „Miteinander reden“ – ohne diese „magischen Stichworte“ sei die Arbeit im Parlament der Europäischen Union nicht möglich. Hier sei die politische Arbeit geprägt von vielen Kompromissen. Dabei müssten immer die Kulturen der Mitgliedsstaaten berücksichtigt werden, so Mayer. Er betonte, dass jeder das Recht habe, auch in einem anderen Land die eigene Kultur zu pflegen. So ständen Einwanderer vor der Aufgabe, sich zu integrieren ohne sich selbst und die eigene Kultur aufzugeben. Gleichzeitig müssten sie sich aber an den Gesetzen



Zuhause sein in Europa: Dies war das Thema einer Diskussion des Runden Tisches und weiterer Interessierter mit (von links) Hans-Peter Mayer und Hans Georg Niesel.

Foto: lc

und Normen des Gastlandes orientieren. Dazu gehöre auch das Erlernen der jeweiligen Landes-

sprache. Auf Nachfrage, welche Möglichkeiten die EU habe, Integrationsprojekte zu unterstüt-

zen, verwies Mayer auf die Initiative zum „Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs 2008“ und die Antidiskriminierungsgesetze der EU. Bezüglich des EU-Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger, die in Mitgliedsstaaten leben, erklärte Mayer, dass die Regelung allein den Mitgliedsstaaten überlassen sei.

Auf die Frage, ob die Türkei jemals Mitgliedstaat der EU sein werde, konnte Mayer keine Prognose abgeben. Bis grundsätzliche Fragen – wie die der Menschenrechte – nicht geklärt seien, sei die volle EU-Mitgliedschaft der Türkei aber auszuschließen, so der Politiker.